Ausgabe November 2025

SVPkonkret

Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern | www.svp-lu.ch

ABSTIMMUNGSVORLAGEN: KURZ ERKLÄRT

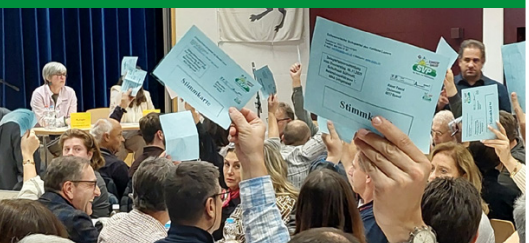
Die kantonale Initiative «**Bezahlbare Kitas für alle**» verlangt, dass der Kanton Luzern ein flächendeckendes und bezahlbares Betreuungsangebot für Kinder sicherstellt. Eltern sollen höchstens 30 Prozent der Betreuungskosten pro Kind bezahlen müssen, während der Kanton einen grösseren Teil der Kosten übernimmt.
Ein **Gegenvorschlag** des Kantonsrats sieht ebenfalls eine bessere finanzielle Unterstützung der Familien vor, geht jedoch weniger weit als die Initiative und soll gezielter ausgestaltet werden.

Die JUSO-Initiative «**Für eine Zukunft**» fordert eine neue Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent auf Vermögen über 50 Millionen Franken. Die Einnahmen sollen in Klimaschutzmassnahmen investiert werden, um eine sozial und ökologisch gerechte Transformation zu finanzieren.

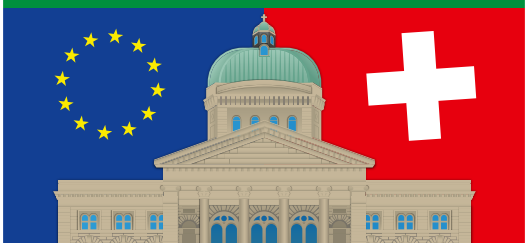
Die nationale «**Service-Citoyen-Initiative**» möchte, dass künftig alle Schweizerinnen und Schweizer einen obligatorischen Dienst für die Gesellschaft leisten, sei es im Militär, Zivilschutz oder in sozialen beziehungsweise ökologischen Bereichen.

red.

EINSTIMMIGKEIT UNTER DEN DELEGIERTEN



DIE SVP RUFT ZUR BESINNUNG AUF



ENERGIEPOLITIK TREIBT PREISE HOCH

© depositphotos.com

DELEGIERTENVERSAMMLUNG: SCHLUSS MIT LINKEN TRÄUMEREIEN – SVP-LUZERN STEHT FÜR GESUNDEN MENSCHENVERSTAND!

Am Donnerstag, 6. November 2025, versammelten sich die Delegierten der SVP Kanton Luzern im Schulhaus Bühlmatt in Udligenswil. Mit der musikalischen Eröffnung durch die Feldmusik Udligenswil und dem gemeinsamen Gesang der Nationalhymne stand der Abend ganz im Zeichen gelebter Schweizer Werte. Kantonalpräsident Martin Wicki machte gleich zu Beginn klar, worum es der SVP geht: um das Schweizer Volk. Die Schweiz stehe vor grossen Herausforderungen, während Bürgerinnen und Bürger zunehmend vernachlässigt würden und die Politik lieber in EU-Projekte investiere. Die SVP bleibe die einzige Partei mit klarer Haltung. Sie kämpfe für die Schweiz, für die Bürgerinnen und Bürger und nicht für Brüssel.

Zur Kita-Initiative sprach Pia Engler von der SP als Befürworterin. Sie warb für eine kantonale Einheitlichkeit in der Finanzierung von Kindertagesstätten, der Kanton solle die Verantwortung übernehmen, um die Qualität zu sichern und Unterschiede zwischen Gemeinden zu beseitigen. Jasmin Ursprung von der SVP widersprach entschieden. Erst kürzlich habe der Kantonsrat das Finanzbudget abgelehnt, weil kein Geld da sei, und nun solle der Staat noch mehr ausgeben. Diese Initiative bedeute einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie und eine neue Kostenlawine für alle Steuerzahler. Der Staat bestimme am Ende, wer zahlt und wie erzogen wird, statt die Eltern und Gemeinden. Die Delegierten folgten der klaren Argumentation und beschlossen Nein zur Initiative, Nein zum Gegenvorschlag, Stichentscheid zugunsten des Gegenvorschlags.

Bei der Service-Citoyen-Initiative erklärte Lukas Stocker, Co-Präsident aus Zürich, die Vorlage solle die Gleichstellung fördern und den Mangel an Zivildienst- und Sicherheitsdienstleistenden beheben. Nationalrätin Vroni Thalmann brachte die Stimmung im Saal auf den Punkt. Diese Initiative sei gut gemeint, aber schlecht gemacht. Frauen zu zusätzlicher Care-Arbeit zu verpflichten, sei eine Frechheit. Freiwilligenarbeit müsse freiwillig bleiben, und solche Zwangsideen entziehen der Wirtschaft wertvolle Arbeitskräfte. Anstatt den Bürgerdienst zu verordnen, brauche es echte Wertschätzung für freiwilliges Engagement, nicht mehr Bürokratie.

Besonders deutlich wurde es bei der Erbschaftssteuer-Initiative, die unter dem Deckmantel einer sozialen Klimapolitik daherkommt. Nationalrat Franz Grüter fand klare Worte. Erst zerstöre die JUSO die Stadt Bern, nun wolle sie unseren

Einstimmigkeit unter den Delegierten

Kantonsrätin Pia Engler SP

Kantonsrätin Jasmin Ursprung SVP

Die Delegierten fanden den richtigen Ton

2 x Nein «Bezahlbare Kitas für alle»

Nein zur JUSO-Initialtive «Für eine Zukunft»

> UNSERE KINDER BRAUCHEN WIEDER MEHR NESTWÄRME STATT ÜBERTEUERTE LUXUS-KITA'S UND STATTLICHE AUFSICHTEN!»
>
> *Guido Luternauer, Alt-Kantonsrat, Schenkon*

Wohlstand zerstören. Franz Grüter zeigte am Beispiel des Luzerner Familienunternehmens SIGA, welche fatalen Folgen die Initiative hätte. Wenn Unternehmerfamilien künftig 50 Prozent Erbschaftssteuer bezahlen müssten, gäbe es nur drei Optionen: Schulden machen, an ausländische Investoren verkaufen oder die Schweiz verlassen. Diese Initiative sei keine Klima- oder Erbschaftsinitiative, sondern eine Enteignungs- und Diebstahlinitiative. Die Linken wüssten nicht einmal, wie man einen Bleistift verkauft, wollen aber der Wirtschaft erklären, wie sie zu funktionieren hat. Grüter forderte die Delegierten auf, einstimmig Nein zu dieser wirtschaftsfeindlichen Vorlage zu sagen. Mit einer einzigen Ausnahme folgten die Delegierten seiner Empfehlung.

Die Versammlung in Udligenswil zeigte eindrücklich, wofür die SVP Kanton Luzern steht: für gesunden Menschenverstand, Eigenverantwortung und den Schutz der Schweizer Arbeitsplätze. Während andere Parteien neue Bürokratien und Steuern erfinden, bleibt die SVP der Garant für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.

Nein zur nationalen «Service-Citoyen-Intitiative»

Die Parolen der SVP Kanton Luzern

Kita-Initiative: NEIN. Kita-Gegenvorschlag: NEIN, Stichentscheid zugunsten des Gegenvorschlags. Service-Citoyen-Initiative: NEIN. Erbschaftssteuer-Initiative: NEIN. Klare Haltung, klare Parolen, für eine starke Schweiz und ein bürgerliches Luzern.

red.

Lukas Stocker

Nationalrätin Vroni Thalmann

Kantonalpräsident Martin Wicki

Nationalrat Franz Grüter

SVP KANTON LUZERN RUFT DIE BÜRGERLICHEN ZUR BESINNUNG: FREIHEIT STATT BRÜSSEL

Die Luzerner Regierung hat sich im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gegen ein obligatorisches Referendum und damit gegen das Ständemehr ausgesprochen. Damit setzt sie ein falsches Signal: Anstatt sich für die Mitsprache der Kantone einzusetzen, stellt sie sich auf die Seite jener Kräfte, die zentralistisch statt föderal denken. Verschiedene Vorstösse aus dem Kantonsrat, welche die Bedeutung des Ständemehrs betonten, wurden von der Regierung ignoriert. Dadurch wird die föderale Ordnung geschwächt und das Gewicht des Kantons Luzern innerhalb der Schweiz gemindert.

Die SVP Kanton Luzern zeigt sich enttäuscht über dieses Verhalten. Es ist befremdlich, dass sich eine Regierung legitimiert sieht, für die gesamte Bevölkerung zu sprechen, während sie gleichzeitig die Stimme der Kantone ignoriert. Das Volk hat zwar das letzte Wort, doch ohne Ständemehr droht das föderale Gleichgewicht zwischen Stadt und Land, zwischen kleinen und grossen Kantonen, verloren zu gehen.

Gerade beim neuen EU-Vertrag wäre Vorsicht angebracht. Auch wenn Fortschritte gegenüber dem gescheiterten Rahmenabkommen anerkannt werden, bleiben die zentralen Gefahren bestehen. Eine dynamische Rechtsübernahme, zunehmende Abhängigkeit von Brüssel, wachsende Regulierungsdichte und Eingriffe in die Selbstbestimmung der Schweiz stehen weiterhin im Raum. Der Luzerner KMU- und Gewerbeverband KGL lehnt den Vertrag deshalb grundsätzlich ab, im Wissen, dass vor allem das Gewerbe und die KMU unter diesen zusätzlichen Zwängen leiden würden.

Umso unverständlicher ist es, dass sich die FDP und die Mitte diesem Kurs anschliessen. Statt Freiheit und Eigenverantwortung zu verteidigen, ordnen sie sich den Interessen aus Brüssel unter. Der Freisinn verabschiedet sich damit immer mehr von seinem liberalen Erbe, während die Mitte schon ein «akzeptabel» genügen lässt, um einem Unterwerfungsvertrag zuzustimmen, der die Unabhängigkeit der Schweiz gefährdet.

Die SVP Kanton Luzern ruft die FDP und die Mitte zur Besinnung auf. Beide Parteien haben ihre politischen Wurzeln in der Freiheit, der Eigenverantwortung und dem Föderalismus.

Wer diese Werte ernst nimmt, darf einem Unterwerfungsvertrag gegenüber Brüssel nicht zustimmen. Statt die Schweiz in eine neue Abhängigkeit zu führen, sollten sich die bürgerlichen Kräfte wieder auf das besinnen, was unser Land stark gemacht hat: Selbstbestimmung, Unternehmertum und Vertrauen in die eigene Bevölkerung.

red.

VERFEHLTE ENERGIEPOLITIK TREIBT IN LUZERN DIE STROMKOSTEN HOCH

Die Turbulenzen auf dem Strommarkt sind keine Überraschung. Die SVP hat davor gewarnt. Während andere Parteien auf eine überstürzte Energiewende setzten, mahnte die SVP zur Vernunft. Heute zeigt sich: Die Warnungen waren berechtigt.

CKW-Chef Martin Schwab machte an einem Energie-Lunch in Luzern deutlich, dass die Stromversorgung zunehmend aus dem Gleichgewicht gerät. Preise steigen, die Versorgung wird unsicherer und die Abhängigkeit vom Ausland nimmt zu. Tagsüber drückt überschüssiger Solarstrom die Preise, abends oder bei Nebel explodieren die Kosten für Ausgleichsenergie. Diese entsteht, wenn das Netz nicht im Gleichgewicht ist, das heisst, wenn mehr Strom produziert wird, als verbraucht wird, oder wenn zu wenig Strom verfügbar ist. Bei Überproduktion muss Strom vernichtet oder zu sehr niedrigen Preisen ins Ausland abgegeben werden, um die Netzstabilität zu gewährleisten. Die dabei entstehenden Zusatzkosten werden über Netz- und Systemgebühren an die Haushalte weitergegeben.

Im Kanton Luzern wird diese Entwicklung besonders deutlich. Im Sommer produziert man zu viel Strom, vor allem aus Photovoltaikanlagen. Das Netz kann die Mengen nicht aufnehmen, ein Teil des Stroms wird vernichtet oder zu niedrigen Preisen exportiert.

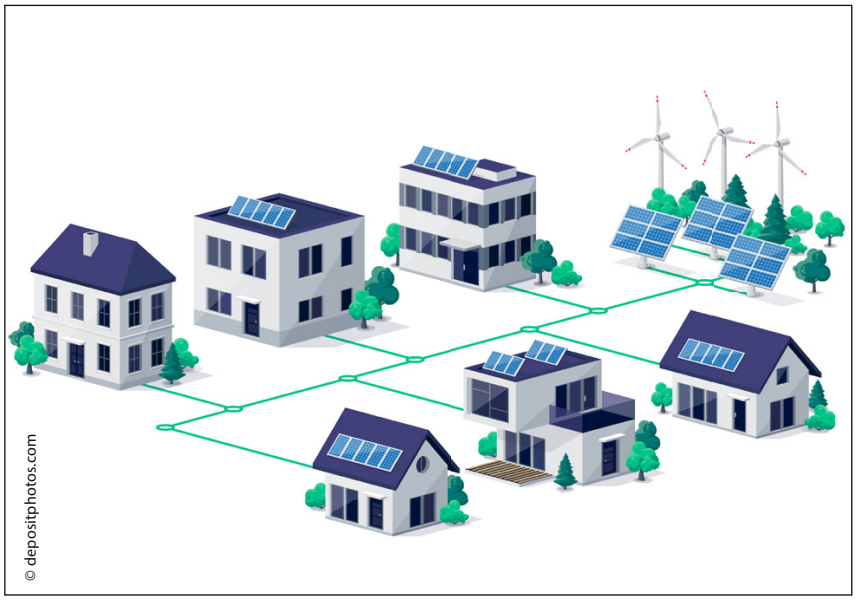
Die Verluste treiben Netz- und Systemgebühren nach oben, und die Luzernerinnen und Luzerner spüren dies direkt auf ihrer Rechnung.

Die Schweiz produziert im Sommer mehr Strom als benötigt, im Winter dagegen zu wenig. Speicherlösungen sind unzureichend, Genehmigungen für Netz- und Produktionsausbau dauern zu lange, und der Netzausbau wird durch Vorschriften gebremst. CKW meldet stark gestiegene Kosten für Ausgleichsenergie, die bereits einen Grossteil der Zusatzkosten ausmachen. Für 2026 werden Strompreiserhöhungen von mehreren Rappen pro Kilowattstunde erwartet, vor allem wegen teurer Ausgleichsenergie, fehlender Flexibilität und neuen gesetzlichen Auflagen.

Besonders paradox ist, dass Luzern fast am meisten Strom pro Einwohner produziert und dennoch zu den wenigen Kantonen gehören wird, in denen die Stromkosten steigen. Die Diskrepanz zwischen Überproduktion im Sommer und fehlender Versorgung im Winter macht die Folgen einer unkoordinierten Energiepolitik deutlich sichtbar.

Die Verwerfungen auf dem Strommarkt sind das Resultat einer ideologisch getriebenen, ineffizienten Energiepolitik. Überproduktion, unzureichende Speicher und fehlende Winterkapazitäten treiben die Kosten insbesondere in Luzern nach oben. Dabei wäre die Logik eigentlich einfach: Wo genügend Angebot vorhanden ist, sollten die Preise sinken. Doch im Strommarkt gilt das nicht mehr. Durch staatliche Eingriffe, teure Regulierungen und fehlende Speicher wird das natürliche Prinzip von Angebot und Nachfrage ausser Kraft gesetzt. *red.*

> »ZU VIEL STROM KOSTET! ÜBERPRODUKTION IM SOMMER TREIBT DIE STROMRECHNUNGEN IN DIE HÖHE, WEIL ÜBERSCHÜSSE VERNICHTET WERDEN MÜSSEN.«



Im Sommer wird zu viel Strom produziert, vor allem aus Photovoltaikanlagen. Teilweise wird dieser Strom vernichtet oder ins Ausland abgegeben.

ZWEI ÖKONOMEN, EINE BOTSCHAFT: ZUWANDERUNG BRAUCHT KLARE REGELN!

Wachstum ist nicht gleich Wohlstand –
Prof. Dr. Christoph Schaltegger fordert Klasse statt Masse

An der Delegiertenversammlung der SVP in Wimmis BE sprach Prof. Dr. Christoph Schaltegger, Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern. Er machte deutlich, dass Wachstum nicht gleichbedeutend mit Wohlstand ist. Zwar sei die Wirtschaft in den letzten Jahren stark gewachsen, doch das Bruttoinlandprodukt pro Kopf stagniere. Mehr Menschen bedeuten nicht automatisch mehr Wohlstand, sondern oft nur mehr Belastung für Infrastruktur, Wohnraum und Sozialwerke. Schaltegger erklärte, dass echter Wohlstand nur entsteht, wenn Zuwanderung die Produktivität und das Know-how im Land erhöht. Die bisherige Zuwanderungspolitik habe zwar für Mengenwachstum gesorgt, aber nicht für einen nachhaltigen Wohlstandsgewinn. Boden und Ressourcen seien begrenzt, während die Kosten für Staat und Gesellschaft stetig steigen. Er forderte deshalb eine Zuwanderungspolitik, die Qualität vor Quantität stellt und wirtschaftlich gesteuert wird. Die Schweiz brauche keine immer grössere Bevölkerung, sondern eine, die mit ihrer Leistung zum Wohlstand des Landes beitrage. *red.*

Zuwanderung klug lenken –
Prof. Dr. Reiner Eichenberger in Meggen

Die SVP Meggen lud zu einem gut besuchten Referat mit Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger ein. Er machte deutlich, dass die Personenfreizügigkeit der Schweiz seit Jahren grosse Probleme verursacht. Zwar wächst die Bevölkerung stark, doch der Wohlstand pro Kopf stagniert. Die Folgen sind überfüllte Strassen, steigende Mieten, mehr Druck auf Schulen, Spitäler und die Umwelt. Eichenberger zeigte auf, dass Zuwanderung gezielt gelenkt werden muss, damit sie der Schweiz nützt und nicht belastet.

Wer in die Schweiz kommt, soll sich stärker an den Kosten beteiligen, etwa durch eine jährliche Abgabe, die hilft, Infrastruktur und öffentliche Leistungen mitzufinanzieren. Damit würden alle fair beitragen, ohne die Freizügigkeit komplett einzuschränken.

Ziel ist eine Zuwanderung, die Qualität statt Quantität fördert. Offenheit ja, aber mit klaren Regeln, damit die Schweiz selbst bestimmen kann, wer kommt, wie viele kommen und wie unser Land lebenswert bleibt. *red.*

Einladung zur öffentlichen, parteiübergreifenden Podiumsdiskussion zu den EU-Verträgen «Bilaterale III»

Dienstag, 25.11.2025, 19.30 Uhr

Gemeindezentrum «Träff-Ponkt», beim Gemeindehaus Büron

Eintritt frei (Türkollekte)

Referenten:

David Roth, Nationalrat SP

Franz Grüter, Nationalrat SVP

TERMINE

25.11.2025	Podium zu den EU-Verträgen, Gemeindehaus Büron
27.11.2025	Ortsparteienkonferenz, CKW Rathausen, Emmen
30.11.2025	Eidg.- und Kant. Abstimmung

IMPRESSUM

Das «SVPkonkret» erscheint monatlich und kann unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Konzept:
SVP Kanton Luzern, Redaktion und Layout: Roland Staub,
Redaktionsverantwortung: SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch